



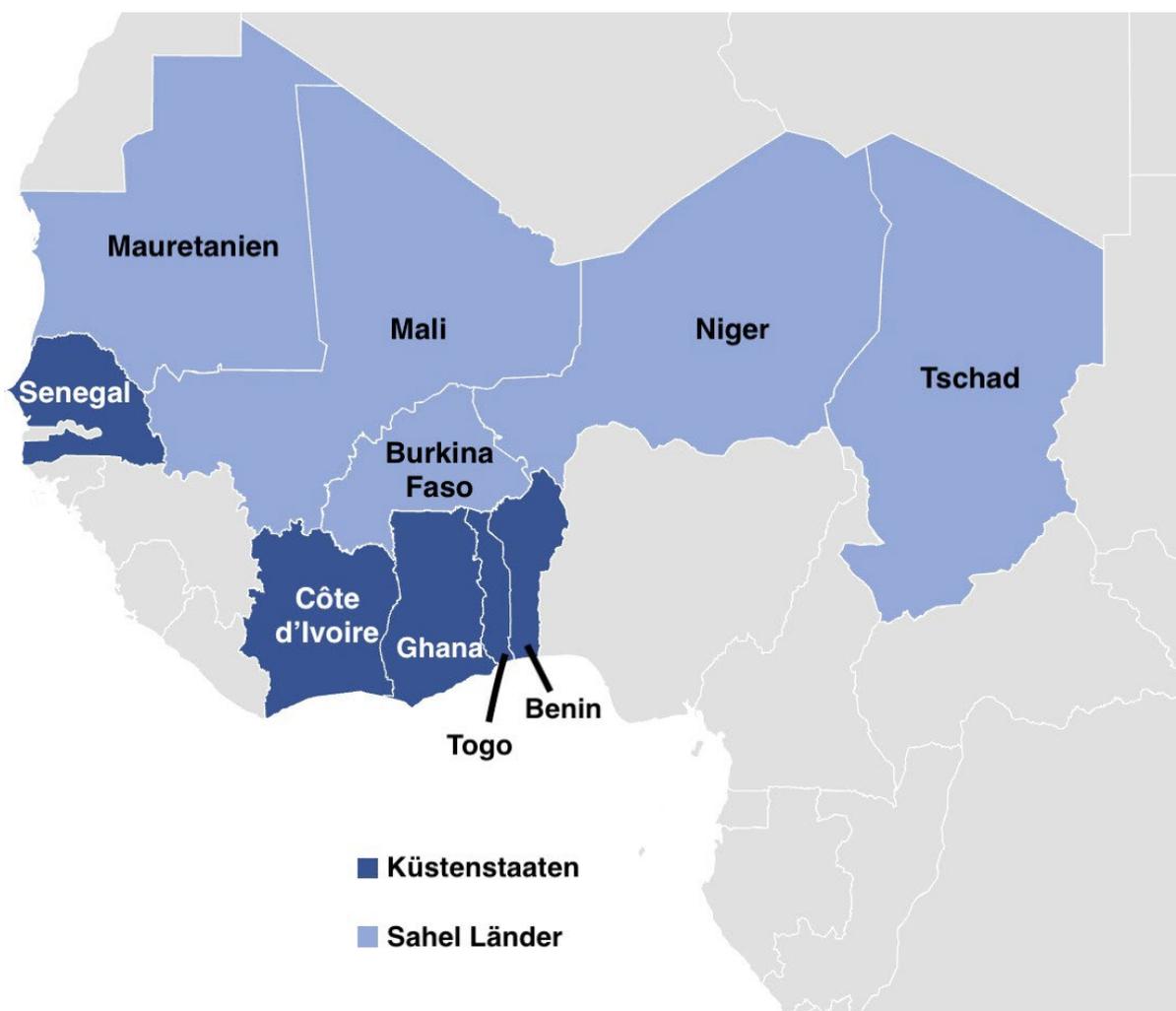
Informationspapier: Die Sahel-Plus-Initiative des Entwicklungsministeriums

Die Sahel-Plus-Initiative des Entwicklungsministeriums (BMZ)

Das Auslaufen des Bundeswehreinsatzes in der UN-Mission MINUSMA in Mali bedeutet nicht den Rückzug Deutschlands aus der Region. Wir werden den Sahel und die benachbarten Küstenländer weiterhin mit zivilen Mitteln unterstützen. Dafür bringt das BMZ die Sahel-Plus-Initiative auf den Weg. Diese Initiative ist die entwicklungspolitische Komponente der strategischen Neuausrichtung des Sahel-Engagements der Bundesregierung. Das „Plus“ steht dabei für die Einbeziehung der Küstenländer Westafrikas.

Die Sahel-Region und die angrenzenden westafrikanischen Küstenländer sind für Deutschland und für Europa von großer Bedeutung. Sollten sich staatsfreie Räume auf unserem afrikanischen Nachbarkontinent weiter ausbreiten, hätte das gravierende humanitäre Auswirkungen in der Region und könnte Europa mehr und mehr vor sicherheitspolitische Herausforderungen stellen.

Die Sahel-Plus-Initiative setzt neue thematische Akzente und knüpft gleichzeitig an bewährte Schwerpunkte unserer Entwicklungszusammenarbeit an. Sie orientiert sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Dabei achtet sie besonders auf die grenzüberschreitenden Herausforderungen. In diesem Rahmen möchte das BMZ starke Allianzen mit internationalen Partnern aufbauen und einen wertegeleiteten, politischen Dialog mit den Regierungen im Sahel und den Küstenstaaten intensivieren.



Die Länder der Sahel-Plus-Initiative

1. Jobs für die junge Bevölkerung im Sahel

Die wenigsten jungen Menschen in der Region schließen sich aus religiöser Überzeugung Terrorgruppen an. Viel häufiger tun sie dies, weil sie ein Einkommen brauchen. Die Sahel-Plus-Initiative will zusammen mit unseren Partnern im Sahel Alternativen dazu schaffen und so dazu beitragen, dem Terrorismus den Nährboden zu entziehen. Ziel ist, dass die junge Bevölkerung in der Region kurzfristig ein Einkommen erhält und langfristig eine sichere Beschäftigungsperspektive. So gibt es etwa in Côte d'Ivoire oder in der nördlichen Grenzregion Burkina Faso für die Menschen außer der Landwirtschaft kaum Einkommensmöglichkeiten. Soziale Spannungen nehmen durch zunehmende Armut und Perspektivlosigkeit, Ressourcenkonflikte und durch terroristische Einflüsse zu. Das BMZ stärkt dort die wirtschaftlichen Perspektiven und die Widerstandskraft der Bevölkerung gegen Krisen – durch neue Jobmöglichkeiten etwa in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, beim Pflanzenschutz, im Bauhandwerk oder beim Aufbau von Infrastruktur wie Wasserpumpen.

2. Sichere Lebensperspektiven vor allem für Schwächsten

Die Sahel-Region wird besonders hart vom Klimawandel getroffen. Extremwetterereignisse wie Dürren, aber auch Starkregen, die Überschwemmungen und Erosion verursachen, nehmen zu. Mehr als 32 Millionen Menschen im Sahel sind akut von Ernährungsunsicherheit betroffen. Gemeinsam mit dem Ernährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) und deren Kinderhilfswerk (UNICEF) unterstützt das BMZ die am meisten betroffenen und verwundbarsten Menschen. Mit Schulkantinen etwa verbessern wir die Ernährungssituation der Kinder und fördern zugleich ihre Bildungschancen. Außerdem verbessern wir die Wasserversorgung – für die Menschen ebenso wie in der Landwirtschaft. Gemeinsam mit der Bevölkerung regenerieren und schützen wir Nutzflächen vor Erosion und machen Böden wieder fruchtbar. So helfen wir, die Widerstandsfähigkeit der Menschen zu stärken und sie gegen neue Krisen zu wappnen.

Verstärkt wird dies durch unser Engagement im Bereich soziale Sicherung. Die COVID-19 Pandemie hat gezeigt: Soziale Sicherungssysteme bringen Menschen besser durch Krisen, können Schäden reduzieren oder ganz vermeiden oder bringen Menschen schneller wieder auf die Beine. Das BMZ setzt daher gemeinsam mit WFP, UNICEF und der Weltbank auf soziale Sicherung als Instrument zur Bewältigung der oft vielfältigen Krisen im Sahel. Ziel ist es, soziale Sicherungssysteme so zu stärken bzw. aufzubauen, dass Menschen auch in akuten Krisenfällen ihre Existenz sichern und für die Zukunft planen können, z. B. Schulbesuche für ihre Kinder finanzieren oder Saatgut kaufen können.

3. Alle in den Blick nehmen: Den Sahel und die angrenzenden Küstenländer Westafrikas zusammendenken

Die Sahel-Region gilt mittlerweile laut den Vereinten Nationen als „Epizentrum für gewalttätigen islamischen Terrorismus“. Schwache staatliche Strukturen und die drastischen Folgen des Klimawandels in dieser Region verschärfen bestehende Konflikte um Ressourcen wie Wasser, Land und Nahrung. Zunehmend geraten auch Grenzregionen von Sahel-Anrainerstaaten besonders im Senegal, Côte d'Ivoire, Ghana, Togo und Benin unter Druck extremistischer und krimineller Gruppen. Terrorgruppen halten sich nicht an Landesgrenzen. Also muss auch die Reaktion die gesamte Region in den Blick nehmen.

4. Starke Allianzen mit Partnern vor Ort und multilateralen Organisationen

Für eine bestmögliche Unterstützung der Bevölkerung in der Region muss die internationale Gemeinschaft noch besser zusammenarbeiten. Mit der Sahel-Plus-Initiative möchte das BMZ engere

Partnerschaften z. B. mit der Weltbank, der afrikanischen Entwicklungsbank, den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten eingehen. Uns eint die Überzeugung, dass wir in der Region trotz der großen Herausforderungen und der schwierigen Sicherheitslage engagiert bleiben wollen.

Darum werden wir in enger Abstimmung mit unseren internationalen Partnern noch stärker einen von unseren Werten geleiteten entwicklungspolitischen Dialog mit den Regierungen im Sahel und den Küstenstaaten führen. Das bedeutet, dass wir die Länder in der Region unterstützen und zugleich Ergebnisse einfordern, z. B. die Umsetzung wichtiger Reformen.

Um die internationale Kooperation im Sahel voranzubringen, hat Entwicklungsministerin Svenja Schulze im Juli 2023 den Vorsitz der Sahel-Allianz übernommen, das wichtigste entwicklungspolitische Gebergremium für den Sahel. Deutschland setzt sich in der Präsidentschaft des Gremiums besonders dafür ein, dass die Situation der Menschen vor Ort spürbar verbessert wird ("Deliver better"). Ziele und Prioritäten für den Vorsitz sind an die Sahel-Plus-Initiative angelehnt und liegen auf:

1. Bildung, Ausbildung und Beschäftigungsförderung für junge Menschen
2. Soziale Sicherung und Ernährungssicherung
3. Stärkung kommunaler Strukturen und Zugang zu Basisdienstleistungen.

Dazu wollen wir gemeinsam mit unseren internationalen Partnern Projekte planen und dafür sorgen, dass die Initiativen zur Unterstützung der Region besser ineinandergreifen ("Deliver better"). Mit den Gebern der Sahel-Allianz sollen gemeinsame politische Positionen abgestimmt und die Sichtbarkeit in den Partnerländern erhöht werden ("Communicate jointly").

WEITERE INFORMATIONEN ZUR SAHEL-ALLIANZ

Die Sahel-Allianz ist das zentrale Gremium für Entwicklungspolitik im Sahel. Sie wurde im Juli 2017 am Rande des 19. Deutsch-Französischen Ministerrats gegründet mit dem Ziel einer besseren Geberkoordinierung zur schnelleren und wirksameren Unterstützung der Bevölkerung im Sahel. Derzeit umfasst die Sahel-Allianz 18 Mitglieder: Neben Deutschland sind es die Europäische Union und Frankreich (Gründungsmitglieder) sowie die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB), Dänemark, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), die Europäische Investitionsbank (EIB), Großbritannien, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden, Spanien, die USA, die Weltbank, die Westafrikanische Entwicklungsbank (BOAD) sowie 9 Beobachter.

Das Portfolio der Mitglieder der Sahel-Allianz umfasst mehr als 1300 Projekte mit einem Mittelvolumen von mehr als 26 Milliarden Euro. Der Großteil der Mittel fließt in vier Bereiche: Dezentralisierung und Grunddienste; Landwirtschaft und Ernährungssicherung; Energie; Regierungsführung. Seit 2017 haben sich die Zahl der von Mitgliedern der Sahel-Allianz finanzierten Projekte sowie das Mittelvolumen mehr als verdreifacht.

Entwicklungsministerin Schulze hat im Juli 2023 auf der Generalversammlung in Nouakchott den Vorsitz übernommen. Der Vorsitz in der Generalversammlung wird im Tandem mit der Weltbank ausgeübt, die auch den Vorsitz im Steuerungsgremium der Sahel-Allianz innehat. Deutschland setzt sich in seiner Präsidentschaft gemeinsam mit den anderen Gebern dafür ein, insbesondere jungen Menschen mehr Bildung, Ausbildung und Beschäftigungsmöglichkeiten zu ermöglichen. Gesellschaften sollen durch soziale Sicherung und Ernährungssicherung widerstandsfähiger werden gegenüber Krisen. Über die Förderung von kommunalen Strukturen sollen Menschen Zugang zu wichtigen Basisdienstleistungen wie beispielsweise Wasser erhalten. Diese Prioritäten werden in enger Zusammenarbeit mit der Weltbank, weiteren Mitgliedern der Sahel-Allianz und Partnern aus den Sahel-Ländern gestaltet, um spürbare Verbesserungen für die Menschen zu erzielen.